

## **Fünf Thesen zum Nahostkonflikts**

### **Ein Diskussionsbeitrag ehemaliger deutscher Botschafter\***

#### **1) Der Konflikt berührt wesentliche europäische und damit deutsche Interessen, die mit dem gegenwärtigen Stillstand der Bemühungen um einen Frieden in Nahen Osten nicht vereinbar sind:**

Der Nahostkonflikt ist ein Nährboden für extremistische Bewegungen, welche die öffentliche Sicherheit nicht nur in der Region selbst, sondern auch in Europa und in anderen Teilen der Welt ernsthaft gefährden. Die Radikalisierung in Israel und in den palästinensischen Gebieten schwächt die gemäßigten politischen Kräfte in der Region, die von größter langfristiger Bedeutung für die Befriedung des Nahen Ostens sind.

Der Konflikt ist ein Kristallisationspunkt, an dem sich Kritik und Hass gegenüber dem Westen immer wieder entzünden. Die negative Wahrnehmung der bisherigen europäischen und amerikanischen Nahostpolitik, die in der Region vorherrscht, wird nur durch einen fairen Ausgleich legitimer israelischer und palästinensischer Interessen abgebaut werden können.

Deutschland hat sich zum Schutz der Sicherheit Israels als geschichtliches Vermächtnis verpflichtet. Eine wirkliche Sicherheit kann jedoch nur auf politischem Wege hergestellt werden, nicht durch Besetzung und Besiedlung oder das Vertrauen auf militärische Überlegenheit, sondern durch einen Rückzug aus den besetzten Gebieten und eine darauf folgende palästinensische Staatlichkeit. Israel wird nicht darauf hoffen können, sowohl den Frieden zu gewinnen als auch die palästinensischen Territorien zu behalten.

Und schließlich gehört die Stärkung des Völkerrechts, der Internationalen Gerichtsbarkeit und der Vereinten Nationen zum Kernbestand deutscher

---

\* Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete mit der Überschrift „Ex-Botschafter für mehr Druck auf Israel“ am 08.12.2009, S. 5, darüber und übernahm den Text in ihr Internetportal unter [www.sueddeutsche.de/botschafter](http://www.sueddeutsche.de/botschafter). Die hier dokumentierte Fassung orientiert sich an meiner Zusammenarbeit mit Botschafter a.D. Dr. Martin Schneller. Eine in Deutsch gehaltene Zusammenfassung der Erklärung der EU-Außenminister vom 08.12.2009 findet sich in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage, die Presseerklärung von Reiner Bernstein dazu ist unter [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_erklaerungen/B-Pressemitteilung\\_08.12.09.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_erklaerungen/B-Pressemitteilung_08.12.09.pdf) abrufbar.

Außenpolitik. Den Genfer Konventionen kommt im Nahostkonflikt besondere Bedeutung zu. Ihrer Verletzung durch beide Seiten muss entgegengewirkt werden, ebenso wie der Missachtung der Vereinten Nationen.

**2) Es erscheint unerlässlich, im Rahmen der europäischen Nahostpolitik und in enger Abstimmung mit den USA über Maßnahmen nachzudenken, die den Forderungen an die Konfliktparteien auf Beendigung der Auseinandersetzung den notwendigen Nachdruck verleihen.**

Die deutschen und europäischen Erklärungen zum Nahostkonflikt sind von beiden Seiten weitgehend ignoriert worden. Ein wesentlicher Grund für ihre Wirkungslosigkeit liegt in dem Verzicht, den Konfliktpartnern eine entschlosseneren Gangart bei der Verwirklichung der Zweistaatenlösung zu signalisieren. So könnte zum Beispiel die Aufrechterhaltung bestimmter Vergünstigungen oder von Transferleistungen an die eine oder andere Seite, aber auch eine stärkere Annäherung an die Europäische Union von konkreten Fortschritten bei der Konfliktbereinigung abhängig gemacht werden. Dieser Grundsatz sollte natürlich auch für die unausweichliche Einbindung der Hamas in den politischen Prozess und für die unerlässliche dauerhafte Öffnung der Grenzübergänge zum Gazastreifen gelten.

Deutschland wird diese Maßnahmen nicht initiieren, sollte sich ihnen aber auch nicht widersetzen. Wir meinen, dass eine Nahostpolitik ohne Nachdruck den Gestaltungsspielraum einengt, der erforderlich ist, um Hindernisse für den Frieden – allen voran die Siedlungspolitik – wirkungsvoll abbauen zu können.

**3) Die detaillierte Ausformulierung eines umfassenden Friedensabkommens liegt auf dem Tisch.**

Die sog. «Genfer Initiative» wurde 2003 von namhaften Israelis und Palästinensern ausgehandelt. Der Vertragsentwurf enthält realistische Kompromisformeln zu allen wesentlichen Fragen des Konflikts: Errichtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 (minus gegenseitig vereinbarten Landtauschs, der die Einbeziehung der großen grenznahen Siedlungsblöcke in den israelischen Staat gegen entsprechende territoriale Kompensation an anderer Stelle ermöglicht); Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten mit territorial getrennter Souveränität; eine realistische Regelung der

Flüchtlingsfrage, die israelische Sicherheitsbedürfnisse ebenso berücksichtigt wie die notwendige Entschädigung der Flüchtlinge; Palästina als entmilitarisierte Staat; Stationierung einer multinationalen Truppe auf palästinensischem Gebiet während des Rückzugs der israelischen Besatzungstruppen sowie Einrichtung einer internationalen Implementierungs- und Verifikationsgruppe zur Überwachung der Vereinbarungen.

Zusammen mit dem Angebot aller 22 Staaten der Arabischen Liga zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel unter der Bedingung eines Rückzugs aus den besetzten Gebieten («Arabische Friedensinitiative» 2002) bestehen hiermit neben den bestehenden Vereinbarungen weitere Grundlagen für die Verhandlungen über eine gesicherte Zukunft von Israelis und Palästinensern durch Ausgleich ihrer legitimen Interessen. Die EU sollte die «Genfer Initiative» und die Arabische Friedensinitiative in ihre zukünftige Nahostpolitik einbeziehen.

**4) Das entschlossenerere Eintreten für die Zweistaatenlösung wird nicht verkennen, daß ein Rückzug aus den besetzten Gebieten eine schwere Belastungsprobe für Politik und Gesellschaft in Israel bedeutet.**

Die Gründe hierfür liegen in der Furcht vor innenpolitischen Auseinandersetzungen und in der Sorge um die nationale Sicherheit. Angesichts von Israels hochgerüsteter, nuklearbewehrter Militärmacht, der amerikanischen Garantien, der europäischen Solidarität sowie der grundsätzlichen Bereitschaft der arabischen Staaten zu einem Friedensvertrag mit Israel kann von einer Existenzbedrohung Israels durch einen Staat der Palästinenser nicht mehr ernsthaft gesprochen werden. Das Gegenteil ist der Fall: Eine Fortsetzung des Konflikts steht der Stabilisierung der ganzen Region entgegen und birgt unvorhersehbare Risiken.

**5) Deutschland wird mit einer Nahostpolitik, die – ohne die deutsch-jüdische Vergangenheit zu vergessen – sich an den dringenden Erfordernissen der Zukunft orientiert, nicht nur in der eigenen, sondern auch in Teilen der israelischen Öffentlichkeit Verständnis und Unterstützung finden.**

Die israelisch-palästinensische Auseinandersetzung bewegt viele Deutsche. Wir möchten mit diesen Überlegungen einen Beitrag zu der öffentlichen Diskussion leisten, zumal auch die neue Bundesregierung vor der Herausforderung stehen wird, dazu beizutragen, das Gewicht der Europäischen Union in einen erneuten Anlauf zu einer Bereinigung des nunmehr bereits sechzig Jahre dauernden Konflikts einzubringen.

*Wolfgang Erck; Dr. Gerhard Fulda; Dr. Helmut Frick; Ekkehard Hallensleben;  
Dr. Martin Hecker; Dr. Jürgen Hellner; Dr. Herbert Hoffmann-Loss; Dr. Peter  
Christian Hauswedell, Mdg.a.D.; Dr. Wilhelm Hofmann; Dr. Michael Libal;  
Rüdiger Lemp; Kurt Leonberger; Dr. Gunter Mulack; Dr. Gerhard Müller-Chorus;  
Juergen Oestreich; Dr. Helmut Rau; Dr. Martin Schneller; Ulrich Schöning; Rolf  
Schumacher; Dr. Hans-Lothar Steppan; Helmuth Schroeder; Dr. Klaus Terfloth;  
Dr. Hans Georg Wieck; Dr. Bernd Wulffen*

-----

## **Former German Ambassadors call for a more assertive policy toward the Israeli-Palestinian conflict**

### **Five Statements:**

**1) The conflict affects major European and hence German interests. These interests cannot be reconciled with the present stagnation of efforts toward peace in the Middle East.**

As a breeding ground for extremism, the conflict presents a grave threat to public safety, not only in the region itself, but also in Europe and in other parts of the world. The radicalization in Israel and in the Palestinian territories weakens moderating forces in the region, which are of utmost importance for long-term peace efforts in the Middle East.

The conflict is a focal point which repeatedly incites resentment and hatred toward the West. The perception of European and American Middle East policy is predominantly negative in the Arab world and can only be improved if a fair compromise between legitimate Israeli and Palestinian interests is accomplished.

As a historical legacy, Germany has committed itself to protect the security of Israel. A stable and lasting security, however, can only be achieved through political means, not through occupation and colonization or by relying on military superiority. Instead, it should be achieved by a withdrawal from occupied Palestinian territories and the subsequent establishment of a viable Palestinian state. Israel cannot hope to attain permanent peace while retaining its hold on Palestinian territories.

Finally, strengthening international law and justice as well as fortifying the United Nations rank among the chief objectives of German foreign policy. The observance of the Geneva Convention is particularly important in the Middle East conflict. The violations of the Convention on both sides, as well as a disregard for the UN, must be counteracted.

**2) Within the framework of European Middle East policy and in close consultation with the US, it will be necessary for Europe to contemplate measures that will provide sufficient pressure on the conflicting parties to end hostilities.**

German and European statements regarding the Middle East conflict have largely been ignored by both sides. A major reason for this disregard is the refusal by Europeans and Americans to take a tougher stance against Israel and the Palestinian Authority that would demand the implementation of a two-state solution. The continuation of certain benefits and financial support allocated to either side, as well as the conditions for a closer alliance with the European Union, could be made dependent on the progress achieved in conflict resolution. Such incentives should also lead to the inevitable inclusion of Hamas into the political process as well as the permanent opening of the check points along the Gaza Strip. While Germany may not be able to initiate these measures, it should also not oppose them. We believe that a Middle East policy without an emphasis

on implementation restricts the ability to negotiate solutions that remove obstacles for peace – most importantly, the settlement policy.

**3) A detailed draft for a comprehensive peace agreement already exists.**

In 2003, the so-called «Geneva Initiative» was negotiated by notable Israelis and Palestinians. The draft proposes realistic compromises regarding the major contentious issues: the founding of a Palestinian state within the 1967 borders (this would take into account a mutually agreed land exchange which integrates large settlement blocks near the border into Israeli territory in exchange for concessions of other land for Palestine); Jerusalem as a shared capital of both states with divided territorial sovereignty; a solution for the refugee question that takes into account Israeli security needs as well as the mandatory compensation for refugees; Palestine as a demilitarized state; stationing of a multinational peacekeeping force on Palestinian territory to monitor the withdrawal of Israeli occupying forces; establishment of an international monitoring and verification agency to oversee the implementation of the agreement.

**In addition to an offer by all 22 member states of the Arab League to normalize relations with Israel on the condition of a withdrawal from the occupied territories (the «Arab Peace Initiative» of 2002), the Geneva Initiative provides a point of departure for negotiations on a secure future for Israelis and Palestinians based on a balance of legitimate interests. The EU should integrate both initiatives into its future Middle East policy.**

**4) A tougher stance in favor of the two-state solution will not ignore the fact that a withdrawal from the occupied territories constitutes a heavy political and social challenge for Israel.**

The main concerns are fear of domestic conflict and national security risks. Given Israel's nuclear military power, security guarantees from the USA, European solidarity with Israel, and the willingness of the Arab states to conclude a peace treaty, it is hard to conceive of the founding of a Palestinian state as a threat to Israel's existence. On the contrary: the continuation of the conflict jeopardizes any stabilization in the region and carries unforeseeable risks.

**5) A German Middle East policy that is oriented toward the urgent demands of the future, while not forgetting the German-Jewish past, will find understanding and support not only among its own public, but also within parts of the Israeli public.**

The conflict between Israelis and Palestinians affects many Germans on an emotional level. With this initiative we wish to contribute to the public debate, especially given the fact that the newly elected German government will again face the challenge of adding its voice to the efforts of the European Union for a renewed attempt to bring this sixty year old conflict to an end.

-----

***Am 9. Dezember 2009 distanzierte sich der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), Dr. h.c. Johannes Gerster, in einer Pressemitteilung, die auf der DIG-Homepage veröffentlicht wurde, in ungewöhnlich scharfen Worten von dem Diskussionspapier der ehemaligen deutschen Diplomaten. Der Initiator des Diskussionspapiers Dr. Martin Schneller, ehemals Botschafter in den Emiraten und in Jordanien, entgegnete Gerster am 15. Dezember 2009 in einem Offenen Brief, den wir mit seiner Zustimmung dokumentieren.***

Sehr geehrter Herr Dr. Gerster,

Für Ihre Kommentare zu den 5 Thesen danke ich Ihnen und möchte dazu Stellung nehmen:

**Der Diskussionsbeitrag ignoriert das Leid der Menschen im Nahen Osten. Die Fundamentalisten wollen Israel in jedem Fall zerstören.**

Die Anerkennung der Leiden in den betroffenen Bevölkerungen, die mich genauso empört wie Sie, hat bisher in keiner Weise zu einer Bereinigung des Konflikts beigetragen. Ergibt sich damit für die praktische Politik nicht die

Notwendigkeit, an andere Kräfte zu appellieren? Wenn im Nahostkonflikt wirklich etwas bewegt werden soll, muss anerkannt werden, dass seine Lösung auch wesentliche deutsche, europäische und amerikanische Interessen berührt, die, wie Sie wissen, die Sorge um die humanitäre Lage der Bevölkerungen einbeziehen.

**Soll verbaler Druck im israelisch-palästinensischen Konflikt Frieden erzwingen, wo sogar Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan zu scheitern drohen?**

Ich stimme mit Ihnen überein: Zum Frieden wird man niemanden zwingen können. Darum geht es auch nicht, sondern um deutlichere Signale an die Konfliktpartner, dass eine Fortsetzung des Status quo nicht mehr hingenommen werden kann. Eine weitere Annäherung an Europa z.B. von Fortschritten bei der Konfliktbereinigung abhängig zu machen, würde ich nicht als Zwang ansehen, sondern als Anreiz.

Eine der Lehren aus dem bisherigen Konfliktverlauf besteht darin, dass Israelis und Palästinenser – auf sich gestellt – nicht in der Lage sind, zu einem tragfähigen Interessenausgleich zu gelangen. Eine Nahostpolitik der Internationalen Gemeinschaft, welche den bisher meist ignorierten Erklärungen den erforderlichen Nachdruck verleiht, scheint mir daher unerlässlich, um Fortschritte zu erzielen. Sie haben Recht: Verbaler Druck allein reicht nicht aus.

**Der Diskussionsbeitrag übersieht, dass mindestens sieben grundsätzlich gleichgewichtige Friedensabkommen auf dem Tisch liegen.**

Die Genfer Initiative wird deshalb so herausgehoben, weil sie – und das hätte man in der Tat erwähnen können – wichtige Elemente aller bisherigen Verhandlungen für ihren Entwurf eines Friedensvertrags einbezieht, aber auch weiterentwickelt. Vor allem aber werden Lehren aus den Schwächen der bisherigen Anläufe gezogen, wie z.B. dem Fehlen von Verifikationsmechanismen und Streitschlichtungsorganen.

Wie Sie sagen: Es fehlt an dem politischen Willen zur Durchsetzung. Diesen anzumahnen und zu einer nachdrücklicheren Nahostpolitik aufzufordern, ist der Sinn unseres Diskussionsbeitrags. Natürlich müssen alle so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch. Aber das Rad braucht nicht neu erfunden zu werden. Warum sollten die realistischen Kompromissformeln, welche die Genfer Initiative

zu den zentralen Fragen des Konflikts ausgehandelt hat und die beiden Konfliktparteien Konzessionen abverlangt, nicht zum Ausgangspunkt der Verhandlungen gemacht werden?

**Der Diskussionsbeitrag erkennt nicht das eigentliche Problem: bisher hat jedes Nachgeben Israels die Radikalen ermuntert, die Gewalt gegen Israel auszuweiten.**

Ich sehe nicht, wo Israel bisher nachgegeben hat. Der Rückzug aus dem Libanon als Beendigung der Besetzung von Teilen eines souveränen Landes dürfte kaum als Nachgeben bezeichnet werden. Der Rückzug aus Gaza, der immer wieder als Konzession angeführt wird, entsprach einer rein israelischen Kosten-Nutzen-Analyse. Die wachsende internationale Kritik an den unhaltbaren Zuständen im Gaza-Streifen erwies sich für Israel als zunehmend kostspielige Belastung. Für die Ausweitung der Gewalt nach dem Rückzug aus Gaza tragen beide Seiten Verantwortung.

**Die Unterzeichner des Beitrags glauben zu wissen, welche Politik zukunftsorientiert ist und sprechen der Bundesregierung und wahrscheinlich allen anderen Menschen der Welt diese Fähigkeit ab.**

Ich bitte, mir die Banalität nachzusehen: Niemand ist im Besitz der Wahrheit. Dies sollte aber kein Hindernis sein, Überzeugungen mit aller Klarheit zu formulieren und, wie viele politisch engagierte Zeitgenossen, über zukunftsorientierte Lösungen nachzudenken. Es fällt schwer, aus dieser Verpflichtung den von Ihnen gezogenen Schluss zu ziehen. Im übrigen darf ich zur Notwendigkeit einer stärker zukunftsorientierten Nahostpolitik eine Gegenfrage stellen: Glauben Sie, dass eine Fortsetzung der bisherigen Politik eine Chance für die friedliche Zukunft im Nahen Osten bietet?

Mit freundlichen Grüßen

Martin Schneller

PS Nur zur Klarstellung: Ich schreibe Ihnen nicht als Stellungnahme der Unterzeichner, sondern in meinem eigenen Namen.

-----